

## Notariat zurück, Energiefonds vorwärts

### SP Einsiedeln entscheidet klar für Bezirksinitiativen

**Neben den klaren Entscheiden für die Vorlagen im Bezirks wurden die beiden Volksinitiativen und der Bundesbeschluss an der Parteiversammlung vom letzten Donnerstag im Bären intensiv diskutiert.**

Präsident Johannes Borner begrüßte neben allen Interessierten aus der SP auch Ruedi Bopp, seines Zeichens Kantonsrat der Grünliberalen Partei und Hauptstreiter für die Initiative «Energistadt – jetzt». Kompetent und überzeugend präsentierte dieser deren Ziele: Durch jährliche Beiträge aus der Netzabgabe innerhalb der neuen EKZ-Konzession (0.65 Rappen/kWh) soll ein Energiefonds im Bezirk geschaffen werden, aus dem Bauprojekte im Energiebereich angestossen werden können. Jährlich sollen so etwa 500'000 Franken eingebracht werden. Ein Drittel soll fest im Fonds verbleiben, ein Drittel soll ebenso in die Bezirkskasse übergehen und das letzte Drittel bleibt in Verfügung des Bezirks, um nach Ermessen darüber zu entscheiden. Der Initiant und seine Unterstützer haben keinen Aufwand gescheut und auch ein Reglement zu Handen der Bezirksgemeinde am 24. September ausgearbeitet. Profitieren von diesem Energiefonds könnten sowohl Private als auch Firmen, indem sie in ihre Liegenschaften investieren, ebenso der Bezirk für die Sanierung seiner Gebäude. Schliesslich kann hier auf den spürbaren Klimawandel politisch reagiert werden. Der Bezirksrat unterstützt die Initiative aus der Win-Win-Situation in der Gleichzeitigkeit mit der Abstimmung zum Konzessionsvertrag mit den EKZ. Die SP stimmt der Vorlage einstimmig zu.



Patrick Schönbächler präsentierte die Einzelinitiative „Notariat zurück zum Bezirk“, eingereicht von ihm und den mitunterzeichnenden Kantonsräten Andreas Marty und Franz Camenzind. Die Führung des Notariats und das damit verbundene Monopol der Beurkundung von Grundstücken ist eine öffentliche Aufgabe der Bezirke. Der Bezirk hat heute jedoch keinerlei Kenntnis über

Umsatz und Gewinn, der daraus resultiert. Der heutige Amtsinhaber, der als Monopolist nicht als privatwirtschaftlicher Unternehmer gelten kann, schweigt sich gegenüber dem Bezirk nach wie vor aus und gibt keine Auskünfte. Es ist darum, wie bei den anderen Bezirken, davon auszugehen, dass das Notariat erhebliche Einnahmen abwirft. Die Initianten sind der Meinung, dass die öffentliche Hand hiervon profitieren soll, weil es letztlich um die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe geht. Das Notariat soll mit der Initiative künftig wieder dem Bezirk angegliedert und der Notar vom Bezirk angestellt sein. Sämtliche Erträge würden damit in die Bezirkskasse fließen. Nebst finanziellen Gründen drängen auch sachliche Gründe zu dieser Lösung. In der heutigen Situation, in welcher der Notar gleichzeitig als Grundbuchverwalter und noch nebenbei als Rechtsanwalt tätig ist, bestehen latent Interessenkollisionen: der Notar trägt als gleichzeitig beauftragter Rechtsanwalt die Beurkundungen seiner Klienten auch gleich selber ins Grundbuch ein. Diese Situation ist unbefriedigend und eine Zeitbombe. Weil die Pensionierung des jetzigen Notars ansteht ist der Zeitpunkt richtig, den mit der Initiative angeregten Systemwechsel jetzt zu diskutieren und zu beschliessen. Die SP Einsiedeln unterstützt die Initianten hierin einstimmig und empfiehlt Annahme der Initiative.

Andreas Marty führte gewohnt engagiert in die eidgenössischen Vorlagen ein: Der Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege wird mit Ja unterstützt, sind doch die Velounfälle auf den Strassen massiv gestiegen. Die Fair-Food-Initiative und die Volksinitiative zur Ernährungssouveränität vermögen nicht zu überzeugen, obwohl die Grundrichtungen unterstützt werden. Für die Ernährungssouveränität beschliesst die SP die Nein-Parole, für Fair-Food die Stimmfreigabe.